

Die unverzichtbare Union

Rede von Richard Kühnel, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, beim Neujahrsempfang des Europakomitees Hessen und der Europäischen Akademie Hessen, Wiesbaden, 1. Februar 2017

Zuerst danke ich für die Gelegenheit, mit Ihnen über die Lage unseres Europas zu reden. Es ist mir wichtig gleich zu betonen, dass ich als der Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland hier keinen privilegierten Anspruch auf Europa erhebe. Es gibt kein isoliertes Europa der Institutionen und kein Brüsseler Europa. Es gibt nur eine Europäische Union, die ihre schönen und weniger schönen Seiten hat, ihre Fehler und Schwächen, die von einigen gerne zum Sündenbock gemacht und von anderen als Lösung aller Probleme verklärt wird. Sie ist nicht über Kritik erhaben, aber auch nicht schuld an allem, was schiefläuft. Sie ist eine Union, über deren Schicksal wir alle, Deutsche wie Österreicher, Griechen wie Finnen, Politiker wie Wähler, Beamte wie Unternehmer, als Unionsbürger mitentscheiden. Das klingt offensichtlich, aber trotzdem will ich damit klarmachen: ich rede nicht über eine ferne, oder gar fremde politische Macht. Ich rede über Ihr und unser Europa. Die EU ist eine politische Gestaltungsebene in unserem Gemeinwesen. Nicht mehr. Aber auch nicht weniger.

Zum Zweiten möchte ich Ihnen sagen, aus welcher Perspektive ich zu Ihnen spreche. Ich bin ein 89er. Das ist jetzt nicht so plakativ, wie es früher die 68er waren. Aber es steht dennoch für eine ganze Generation, für die das Jahr 1989 prägend war. Als die Mauer und der eiserne Vorhang, von dem ich nicht weit entfernt gelebt hatte, fielen, hatte ich eben mein Studium begonnen. Als Österreicher war für mich dieses Jahr doppelt einschneidend, denn noch vor dem grenzöffnenden Picknick an der ungarischen Grenze hatte der österreichische Außenminister das Aufnahmegesuch meines Landes in die EG abgeschickt. 1989 war für mich: das Jahr des Sieges der freien Welt über den Kommunismus, das Ende vom Schrecken des Blockgegensatzes und der realen Bedrohung nuklearer Vernichtung, die Öffnung der Länder und Gesellschaften des Ostens und der Aufbruch Österreichs ins Herzstück der europäischen Einigung. Aus diesen Eindrücken nährte sich mein Wunsch, am entstehenden gemeinsamen Haus Europa mitzubauen. Daher arbeitete ich erst in der österreichischen Diplomatie und dann in der Europäischen Kommission, für mich zwei Seiten derselben Medaille. Das ist der Hintergrund für meine persönlichen Einschätzungen, die ich mit Ihnen teile.

Herausforderungen für die globale Ordnung

Erstens. Es gibt keinen Anlass die Dinge schön zu reden. Es braut sich ein perfekter Sturm an externen und internen Herausforderungen zusammen, wie ihn Europa seit dem Ende des 2. Weltkrieges nicht erlebt hat. Unsere globale Ordnung basiert auf einem ausgeklügelten System der multilateralen Problemlösung, des Vertrauens in die Anerkennung etablierter Regeln und der dosierten Privilegierung realer Machtverhältnisse bei prinzipieller Gleichberechtigung aller staatlichen Akteure.

Natürlich wurde diese Ordnung immer wieder gebrochen. So wie die Straßenverkehrsordnung. Das machte sie aber nicht obsolet. Seit den 1990er Jahren gab es einen klaren Trend, diesem internationalen System mehr Glaubwürdigkeit und Durchsetzung zu verleihen. Neue globale Vereinbarungen wurden getroffen und der effektive Schutz der Menschenrechte, der Umwelt, des Klimas, des freien Handels ausgebaut. Jetzt steht dieses multilaterale System der Nachkriegsordnung womöglich auf dem Spiel. Zumindest sind Multilateralisten in der Defensive, nicht mehr in der Offensive.

Mit Russland hat ein ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat gewaltsam Territorium eines Nachbarstaates annektiert. Das wird durch die Berufung auf eine frühere Zugehörigkeit der Krim zu Russland keineswegs gerechtfertigt, im Gegenteil: eben weil auf viele Regionen der Welt historische Ansprüche des einen oder anderen konstruierbar sind, wurde die Unverletzlichkeit der Grenzen in der UNO-Charta festgeschrieben. Sonst könnten viele kommen und behaupten, dieses oder jenes Gebiet habe historisch ihnen gehört, daher müsse es wieder „heimgeholt“ werden. Stellen Sie sich vor, Österreich würde sich für alle Gebiete wieder interessieren, die jahrhundertlang zum Kaiserreich gehörten. Umgekehrt waren auch wir schon einmal „heimgeholt“ worden. Nein, Annexion ist eine fundamentale Verletzung des Völkerrechts. Und darauf hatte Europa keine Wahl, als mit Sanktionen zu reagieren. Und natürlich war es nicht nur Europa, das so reagierte, es waren und sind viele Staaten, denen die internationale Ordnung wichtig ist.

Russlands Bestreben, eine neue Einflusszone zu etablieren, geht über den postsowjetischen Raum hinaus. Mit seinem aktiven Eingreifen an der Seite Assads in Syrien schafft es Fakten und baut sich langfristige Verbündete in der fragilen Nahostregion auf. Die Frage des Umgangs mit Russland zählt für Europa auch 2017 zu den schwierigsten. Das Land ist für uns als Nachbar auf dem europäischen Kontinent politisch und wirtschaftlich höchst bedeutend, doch mit seiner Politik in der Ukraine, am Kaukasus und im Nahen Osten stehen wir in einem nur schwer überwindbaren Gegensatz.

Gleichzeitig machen uns die Entwicklungen in den USA natürlich Sorge. Die USA waren der Pate der Institutionen der Nachkriegsordnung: UN, IMF, WB, GATT/WTO, NATO. Die USA waren für Europa in den vergangenen Jahren der zentrale Partner in Fragen der wirtschaftlichen Krisenbewältigung und der internationalen Sicherheit, etwa im Rahmen der G7 und G20. Diese westlich geprägte Institutionalisierung der internationalen Beziehungen liegt im europäischen und wie ich denke, auch im amerikanischen Eigeninteresse. Die globalen Institutionen sind stark und können hoffentlich auch die neue US-Administration von ihrem Mehrwert überzeugen.

Auch die dritte Großmacht China, ebenfalls ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat, wird uns 2017 beschäftigen. Die Regierung verharrt im Spagat autoritärer Politik und wirtschaftlicher Expansion, auch wenn im sogenannten „New Normal“ die Wachstumsrate etwas geringer geworden ist. Das Anwachsen seiner Überkapazitäten, Stichwort Stahl, oder die Amputation der Freiheit des Internets und der darin zirkulierenden Meinungen sind nur zwei Symptome der Fragilität seines Politmodells. Unbeschadet dessen findet dieses Modell seine Unterstützer. Auch China baut sich eine Einflusszone, weiter über seinen Hinterhof hinaus. Dass es sich in Davos als Hüter einer offenen Weltordnung präsentierte, ist erfreulich, gibt aber zu denken.

Unsere südliche und südöstliche Nachbarschaft wird auf absehbare Zeit eine Quelle der Instabilität bleiben.

Europas innere Herausforderungen

Aber Europa hat in seinem Inneren selbst mit enormen Herausforderungen zu kämpfen. Zuwanderung und Terrorismus sind mittlerweile die größten Sorgen der Menschen. Politisch spüren

wir eine Vertrauenskrise in breiten Teilen der Bevölkerung in etablierte Eliten und Strukturen. Das machen sich populistische Strömungen an den Rändern des politischen Spektrums zunutze, die die Grundpfeiler unseres modernen Gesellschaftsmodells in Frage stellen, wie repräsentative Demokratie, Solidarität, Meinungsfreiheit, Toleranz sowie die europäische Integration. Sie erschweren durch ihr Erstarken zusehends die Bildung von Regierungen durch gemäßigte Parteien.

Postfaktische Kampagnen spielten auch im Vorfeld des britischen Brexit-Referendums eine ebenso traurige wie prominente Rolle. Für einen leidenschaftlichen Europäer wie mich, der vielen Aspekten britischer Lebenskultur zugetan ist und Briten zu seinen engsten Freunden in den europäischen Institutionen zählt, war die Nacht des 23. Juni ein Schock, von dem ich mich vielleicht nie ganz erholen werde. Aber es kam, wie es gekommen ist. Ein wichtiges Mitgliedsland verlässt die Union, 60 Millionen Menschen verlieren ihre Unionsbürgerschaft. Dieser Scheidungsprozess wird den inneren Zusammenhalt unseres Kontinents auf eine noch nicht gekannte Probe stellen.

Hinzu kommt, dass einzelne Regionen und Sektoren unserer Wirtschaft an Wettbewerbsfähigkeit und den globalen Anschluss zu verlieren drohen; die Jugendarbeitslosigkeit in einigen Ländern immer noch dramatisch hoch ist; und die demografische Entwicklung, sprich die Alterung der Gesellschaft, die Kosten unseres Sozialstaates in die Höhe treibt. Technologischer Wandel, angetrieben durch Digitalisierung und Automatisierung, wird heute von vielen nicht mehr als Chance sondern als Bedrohung empfunden, ähnlich wie Globalisierung. Europa verliert im globalen Vergleich wirtschaftlich und politisch an Boden. Diese „Metatrends“ scheinen nicht auf unserer Seite zu liegen. Das ist ein ebenso rudimentärer, wie nüchterner Überblick der zu erwartenden Rahmenbedingungen Europas in der nahen Zukunft. Ich bin dabei gar noch nicht auf den Klimawandel, die Energiesicherheit, Bildungsdefizite oder berechnete Fragen der sozialen Ungleichgewichte eingegangen. Europa ist in einer mehr als angespannten Lage, nach innen wie nach außen.

Nichts schön reden, aber auch nichts schlecht reden

Ich hatte eingangs gesagt, es gibt keinen Anlass die Dinge schönzureden. Meine zweite These lautet daher: es gibt keinen Anlass die Dinge schlecht zu reden.

Europa ist der Kontinent mit der höchsten Lebensqualität und Lebenserwartung. Wir kennen die höchste politische Stabilität und größte soziale Gerechtigkeit aller Weltregionen. Wir sind der je nach Bemessung größte oder zweitgrößte Markt der Welt, Kopf an Kopf mit den USA, mit einer hohen Wertschöpfung, exzellenten Universitäten und Forschungseinrichtungen und einem Entwicklungsvorsprung in vielen Sparten. Wir werden weltweit für unsere hohen Standards geachtet und sind für viele der Leuchtturm für eine offene Gesellschaft. Für viele sind wir daher auch ein Hoffnungs- und Zufluchtsort geworden.

All das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger Arbeit. Bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft lag unser Kontinent wirtschaftlich wie politisch noch in Trümmern. Heute herrschen Frieden und Stabilität. Da stöhnen manche und sagen: „Nicht schon wieder die Friedensleier“! Aber Fakt ist: Es gibt einen Teil Europas, der sich in der europäischen Integration freiwillig zusammengefunden hat, und einen Teil Europas, der nicht daran teilnimmt. Im integrierten Teil Europas, heute EU genannt, herrscht seit sieben Jahrzehnten Frieden. Im anderen Teil überall. Und eine so lange Friedensepoche gab es weder unter Kaiser Augustus noch seither.

Diese „Friedensleier“ ist heute Europas Instrument, nicht mehr die Kriegstrompeten von einst. Und wenn ich mir die Entwicklungen im Rest der Welt ansehe, sollten wir den Friedensnobelpreis, den

die EU vor fünf Jahren erhalten hat, nicht verschämt oder arrogant ins Eck stellen, sondern in diesen Tagen wieder aufpolieren!

Auch politisch und wirtschaftlich gelang seither ein einzigartiger Aufstieg. Aus 6 wurden 28 Mitgliedstaaten, aus 140 wurden 500 Millionen Unionsbürger. Auch wenn wir das Vereinigte Königreich verlieren werden, ist das immer noch eine beachtliche Ausdehnung auf einen ganz überwiegenden Teil des Kontinents. Wenn man berücksichtigt, dass quasi alle übrigen Länder Europas aufs Engste mit uns verbunden sind und sich an EU- Politik orientieren, ja in der Regel sie nachvollziehen, repräsentieren wir mit Fug und Recht die Interessen eines Großteils unseres Kontinents. Dadurch sind wir bei internationalen Verhandlungen wie etwa in Paris zum Klimaabkommen ein Schwergewicht.

Europa ist auf Augenhöhe mit globalen Akteuren

Einige Daten noch zur Illustration der wirtschaftlichen Macht der EU:

- Mit 13.500 Milliarden USD BIP sind wir die größte Volkswirtschaft, mit einer Pro-Kopf Kaufkraft von beeindruckenden 35.600 USD im Jahr 2015.
- Mit einem Volumen von 2.400 Milliarden USD an Exporten und 2.100 Milliarden an Importen sind wir auch die größte Handelsmacht der Welt. 30 Millionen Jobs in der EU hängen daran. Für 80 Länder sind wir erster Handelspartner, die USA nur für 20.
- Wir sind außerdem größter Investor: 45 Prozent der weltweiten Investitionen stammen aus der EU, 34 Prozent gehen in die EU, bei beidem stehen wir damit an der Spitze. Keiner hat daher mehr Interesse an einem offenen Weltwirtschaftssystem, basierend auf fairen Spielregeln.
- Und wir sind traditionell größter Geber in der Entwicklungszusammenarbeit: 56 Milliarden Euro werden von Kommission und Mitgliedstaaten für unsere Partner im globalen Süden eingesetzt, mehr als doppelt so viel wie die USA.

Dieses gewaltige Potential hebt uns auf Augenhöhe mit anderen globalen Akteuren wie den USA, China, Japan oder zukünftig Indien.

Mehr noch. Mit „Augenhöhe“ werden wir der kollektiven Rolle Europas gar nicht immer gerecht. In einigen Bereichen sind wir Vorreiter und Gradmesser für alle anderen. Dies hängt oft damit zusammen, wie weit Regelungskompetenzen europäisch vergemeinschaftet sind oder nicht. Im Wettbewerbsrecht nimmt es nur die EU auf mit den Googles, Apples und Amazons, wenn wir Belege für Wettbewerbsverzerrung haben. Bei normativen Standards orientiert sich die halbe Welt an unseren EU-Vorgaben. Und im Handelsbereich waren wir traditionell das „big kid on the block“, wenn auch jetzt etwas eingeschränkt durch unsere interne Debatte über Freihandel, Stichwort CETA und TTIP. Dabei befassen wir uns heute mit viel mehr als technischen Regulierungsfragen.

Souveränität, Subsidiarität und Legitimität in der Europäischen Union

Bevor ich auf die wichtigsten Politikfelder eingehe, die wir dieser Tage bearbeiten, möchte ich drei Prinzipien für das Grundverständnis meines Europabildes voranstellen:

1. **Souveränität:** man ist nicht souveräner, je „alleiner“ man ist. Souveränität heißt in der Lage zu sein, sein Schicksal nach innen zu gestalten und seine Interessen nach außen zu verteidigen. Durch europäische Integration wird Souveränität gebündelt. Das bedeutet, sie geht durch Übertragung nicht verloren, sondern wird paradoxerweise gewonnen. Denn angesichts der Größe der Herausforderungen vor uns sind europäische Einzelstaaten heute zu klein, um Entwicklungen wie Globalisierung, Digitalisierung, Klimawandel oder Fragen der internationalen Sicherheit zu

beeinflussen. Je 8 chinesische und indische Provinzen haben mehr Einwohner als Frankreich oder Großbritannien. Souverän sind wir in Europa nur, wenn wir zusammenstehen.

2. **Subsidiarität:** Europa muss wirklich nicht alles regeln. Viele Dinge landen bei uns, weil nationale Politik sie nicht ausreichend regeln kann oder will. Meist macht das Sinn, auch wegen der eben erwähnten Skaleneffekte. Doch gerade die Juncker-Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, bürokratische Regelungslust einzudämmen. Wir haben eine drastisch abgespeckte Arbeitsagenda und setzen auf bessere Rechtsetzung, einschließlich eines Fitness-Checks für bestehende Politik. Viele übersehen aber, dass Subsidiarität in beide Richtungen geht. Wenn Europa sich nicht mehr in Bereiche „einmischen“ soll, für die auch nationale Politik wieder die Verantwortung übernehmen kann, dann braucht Europa umgekehrt echten Handlungsspielraum und Durchsetzungsfähigkeit in jenen Bereichen, die wirklich nur gesamteuropäisch Sinn machen: die Gestaltung der Digitalisierung, die Regulierung von Finanzmärkten, der Umstieg auf eine karbonarme Wirtschaft, die Entwicklung Afrikas, der Schutz gemeinsamer Außengrenzen. Klein im Kleinen, groß im Großen ist unser Motto.

3. **Legitimität:** Europagegner – und diese wirken heute ebenso von innerhalb wie außerhalb Europas – vermischen ihre Kritik an europäischer Politik subversiv mit einer Infragestellung der Legitimation europäischen Handelns. Politikkritik ist natürlich erlaubt und als Korrektiv in einer offenen Gesellschaft sogar erwünscht. Aber der EU abzuerkennen, für Europa und die europäischen Bürger handeln zu dürfen, unterminiert das moderne Gesellschafts- und Politikverständnis, das wir uns aufgebaut haben. Europäische Institutionen sind sehr wohl demokratisch und handeln politisch. Das Parlament wird direkt gewählt, die Kommission ist ihm gegenüber voll verantwortlich, im Rat sitzen Vertreter demokratischer Regierungen der Mitgliedstaaten. Die EU ist Teil unserer repräsentativen Demokratien. Sie handelt im Interesse der Unionsbürger, und zwar überwiegend erfolgreich.

Wichtige Handlungsfelder: Zuwanderung, Sicherheit, Wirtschaft, Außen- und Handelspolitik

Damit komme ich nun zu einem Überblick über die wichtigsten Handlungsfelder, die uns umtreiben.

- **Zuwanderung:** Vergleichen wir die Situation mit 2015. Damals hatten wir eine völlig unzureichende gemeinsame Migrationspolitik, Hunderttausende strömten unregistriert mitten nach Europa, es herrschte eine Politik des Durchwinkens. Heute haben wir durch das EU-Türkei-Abkommen die Zahlen der Ankommenden im östlichen Mittelmeer drastisch reduziert, alle Neuankömmlinge werden in Hotspots in Italien und Griechenland registriert, eine Grenz- und Küstenwache wurde eingerichtet, die an den Außengrenzen die nationalen Behörden unterstützt, und wir setzen Migrationspartnerschaften mit afrikanischen Ländern um. Alle Bausteine für eine belastbare europäische Migrationspolitik wurden von der Kommission auf den Tisch gelegt. Nun geht es um die legislative Finalisierung und die Umsetzung. Große Fragen betreffen die Reform des Dublin-Systems, die Beschleunigung der Umverteilung von Flüchtlingen und der Rückführung von abgelehnten Asylwerbern und die Bekämpfung des Schlepperunwesens an den nordafrikanischen Küsten und im Hinterland. Essentiell ist zudem die Schaffung wirtschaftlicher Perspektiven auch in Subsahara-Afrika, um den Migrationsdruck mittelfristig zu mildern. Auch dafür haben wir belastbare Konzepte.

- **Innere und äußere Sicherheit:** Europa ist keine Insel der Seligen. Die Liste der Terroranschläge in Europa wird immer länger und wir müssen davon ausgehen, dass sich die Gefährdungslage nicht so rasch verbessert. Rund um Europa toben Konflikte, deren Auswirkungen wir spüren. Wir haben daher den Aufbau einer Sicherheitsunion begonnen, mit dem Ziel durch mehr europäische Kooperation effektiver dem Terrorismus und der Radikalisierung zu begegnen. Wir wollen den Informationsaustausch zwischen europäischen Behörden verbessern, doch gibt es noch immer Gegeninteressen auf nationaler Ebene. Und im Bereich der Verteidigung planen wir ebenso massive

Fortschritte, etwa durch gemeinsame Forschung im Rüstungsbereich und gemeinsame Beschaffung von Ausrüstung. Eine wichtige Frage ist die Einrichtung eines eigenen europäischen Hauptquartiers für operationelle Planungen, nicht in Konkurrenz sondern komplementär zur NATO.

- **Wirtschaft und soziale Sicherheit:** nach acht Jahren der sukzessiven Krisen hat sich die Wirtschaft erholt. Wir haben ein ordentliches Wachstum und die Wirtschaftsleistung von vor der Krise übertroffen. Die Arbeitslosigkeit geht im europäischen Schnitt zurück, ebenso die Jugendarbeitslosigkeit, wenn auch auf immer noch zu hohem Niveau. Die europäische Politik greift: der Juncker-Plan hat schon über 150 Mrd. Euro an zusätzlichen Investitionen angestoßen; durch den Stabilitätspakt wurden die Budgetdefizite europaweit auf unter 2 Prozent jährlich gedrückt; und von der Jugendgarantie konnten neun Millionen Jugendliche profitieren und einen Weiterbildungsplatz oder einen Job finden. Die kommenden großen Themen werden die sozialen Rechte in Europa sein, mit gewissen europäischen Mindeststandards, mehr Kooperation im Steuerbereich, um dem Wettbewerb nach unten Einhalt zu gebieten, sowie der Kampf gegen Steuerbetrug. Unter Beobachtung bleiben natürlich die Entwicklungen am italienischen Finanzsektor und in Griechenland, das aber immerhin 2016 durch Reformen einen Primärüberschuss erwirtschaftet hat, der 2017 und 2018 steigen wird.

- **Außen- und Handelspolitik:** Schon im Sommer hat die EU auf Basis eines Vorschlags der Hohen Beauftragten Mogherini eine Globale Strategie verabschiedet, die Europas Außenauftritt leiten soll. Noch lange vor den US-Wahlen war da schon die Rede von größerer strategischer Autonomie für die EU und unsere Verantwortung bei der Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Welt gegen die globalen Bedrohungen. Das ist seither noch wichtiger geworden. Wir haben ein unvergleichliches Reservoir an wirksamen Instrumenten zur Gestaltung der globalen Entwicklung. Aber nur dort, wo Europa mit einer Stimme spricht, wird es auch wirklich gehört und hat Einfluss. Beispiel Iran-Verhandlungen. Auch Handelspolitik. Wir werden mit Ländern und Regionen neue Handelsabkommen verhandeln, und gleichzeitig weiter für das multilaterale Welthandelssystem eintreten. Als größte Handelsmacht war unser Einfluss bisher schon groß. Sollten sich die USA tatsächlich zurückziehen, und Chinesen und Russen weiter auszubreiten versuchen, wird das Bedürfnis nach einer starken europäischen Rolle weltweit steigen. Frau Mogherini bezeichnet uns sogar als „unverzichtbare Supermacht“.

EU ist unverzichtbarer Teil der Lösung von Problemen

All diese Beispiele belegen, dass effektive Politik hier nur durch europäische Kooperation erfolgen kann. Die EU ist unverzichtbarer Teil der Lösung.

Mein erste These lautete: nichts schönreden, und zeichnete ein düsteres Bild der Rahmenbedingungen für Europa. Meine zweite lautete: nichts schlechtreden, und zeigte hoffentlich, dass wir in wichtigen Bereichen etwas voranbringen können und unsere Politik so schlecht nicht ist, wie sie oft dargestellt wird. Im Gegenteil wage ich sogar die These, je mehr die Entscheidungskompetenz bei Europa liegt, umso mehr bekommen wir etwas weiter.

Wie meistert man nun den perfekten Sturm an Herausforderungen mit einem im Grunde gut gerüsteten Schiff, das ein solches Wetter auch durchstehen kann? Es braucht klare Führung, einen funktionierenden Kompass und eine motivierte Mannschaft. Das führt mich zu meiner dritten und letzten These: wir können uns vor unserer Verantwortung nicht wegducken. Die Zukunft ist nicht vorgezeichnet, aber die kommenden 12 Monate werden aus meiner Sicht entscheidend für die Zukunft des europäischen Projekts, ja noch pathetischer gesprochen unseres europäischen Lebensmodells sein. Die EU ist aber nicht nur unverzichtbar für die Gestaltung unserer eigenen

Zukunft, sondern auch für all jene, die weltweit unser Ideal einer offenen Gesellschaft anstreben wollen.

Mein Ausblick auf das Jahr 2016 hieß: kein Jahr für schwache Nerven. Und es kam noch schlimmer als befürchtet. Jetzt zu Beginn 2017 wage ich eine antizyklische, optimistische Prognose: der Wind beginnt zu drehen. Verantwortung und Zusammenhalt gewinnen an Zuspruch. Eine neue Besonnenheit macht sich breit, weil viele realisieren: Im Neo-Biedermeier ist es doch nicht so gemütlich. Wenn alle sich zunehmend abschotten, wird jeder bald recht einsam.

Nichts ist bekanntlich so stark wie eine Kraft, deren Zeit gekommen ist. Verstehen wir die Zeichen der Zeit, dann heißen sie für mich: wir müssen unseren Zusammenhalt in Europa festigen, und mit Besonnenheit, Entschlossenheit und Mut den Herausforderungen begegnen, die vor uns liegen. Wenn wir uns der Angst und der Lust am eigenen Niedergang ergeben, haben wir schon verloren. In Österreich sagen wir: zu Tode gefürchtet ist auch gestorben.

Junge Menschen wollen Europa erleben

Ein Quell meiner Hoffnung sind die Diskussionen, die ich seit Jahren mit Jugendlichen führe. Die jüngeren Generation Y und Z scheinen etwas anders zu ticken. Es geht nicht mehr um das Ich, die eigene Zukunft, das neueste Smartphone. Es kommt heute gefühlt mehr eine Bereitschaft durch, sich für die Gemeinschaft zu engagieren. Bei einer solchen Diskussion mit Schülern in Hannover fragte ich letzte Woche nach den Zielen nach dem Abi. Spontan sagte ein Mädchen, sie habe sich schon für das Solidaritätskorps angemeldet. Mehrere andere waren gleich interessiert. Diese neue Idee der Juncker-Kommission eröffnet Jugendlichen die Möglichkeit eines Freiwilligendienstes oder Praktikums im europäischen Ausland, im Dienst an der Gesellschaft. In den ersten Wochen hatten wir 20.000 Anmeldungen! Junge Menschen können und wollen Europa so erleben.

„Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint“, hieß es in der „Berliner Erklärung“ von 2007, zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Damals überwand die Union mit dieser Erklärung eine innere Nachdenkphase, ausgelöst durch die negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden über einen geplanten europäischen Verfassungsvertrag. Am 25. März feiern wir das 60-jährige Jubiläum der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Es war das Werk von europäischen Politikern mit Visionen für den neugegründeten Staatenbund, der eigentlich die Völker Europas verbinden soll. Doch kaum wer kennt sie.

Dieser Tage wird in Deutschland wieder über Geschichtsunterricht diskutiert. Ich meine, dass die Geschichte der Europäischen Union, die integraler Bestandteil unseres Gemeinwesens ist, unserer res publica, völlig unzureichend gelehrt wird. Das habe ich schon in Österreich moniert, aber es gilt auch hier. Die Geschichte der europäischen Integration sollte zur Staatsbürger-Grundausbildung für jeden gehören, der hier lebt.

Gleichzeitig muss Europa den jungen Leuten nicht nur über die Geschichte näher gebracht werden. Für sie ist es wichtig zu wissen, welche Perspektiven sie haben. Das ist aus meiner Sicht aber auch das stärkste Argument für Europa. In einer Zeit, da Wandel und Veränderung nicht mehr als etwas unumschränkt Positives gesehen werden, sondern viele Menschen Sorgen haben, da suchen sie einen Halt. Manche Sorgen sind vielleicht übertrieben, manche berechtigt, aber was zählt: sie sind vorhanden. Wir können nicht einfach sagen: fürchtet Euch nicht! Sondern müssen Lösungen und Hilfe anbieten. Genau das tut Europa. Durch unser Handeln sind wir nicht blinde Treiber, sondern Gestalter des Wandels.

Heute geht es darum, den Bürgern die „Vision einer attraktiven EU, der sie vertrauen können und die sie unterstützen können“ wieder deutlich zu machen. Dieses Ziel formulierten die Staats- und Regierungschefs von 27 Ländern (ohne Großbritannien) bei ihrem informellen Gipfeltreffen im September in Bratislava. In der „Agenda von Bratislava“ heißt es weiter: „Die EU ist nicht perfekt, aber sie ist das beste Instrument, das wir haben, um die neuen Herausforderungen anzugehen, vor denen wir stehen.“ Das bringt es, denke ich, perfekt auf den Punkt.

Ich danke Ihnen für Ihr persönliches Engagement für Europa. Ich weiß, dass das nicht immer leicht ist. Ich weiß, dass der Gegenwind schärfer und der Ton rauer wird. Ich weiß, dass Sie vielleicht auch nicht immer mit jeder Facette europäischer Politik einverstanden sind.

Aber ich möchte Sie heute darum bitten: glauben Sie weiter an Europa. Verbreiten Sie weiter diese Überzeugung. Sprechen Sie aus, warum es Europa braucht. Denn Sie sind Miteigentümer Europas. In Zeiten der alternativen Wahrheiten ist nichts selbstverständlich und Dinge stehen in Frage, die wir für sicher hielten. Man darf die Debatte nicht den Lauten und den Derben überlassen.

Ein Politikwissenschaftler hat mir vor einigen Tagen die politologischen Rezepte für den Umgang mit Populismus aufgezählt: ignorieren, isolieren, imitieren, integrieren. Das klingt alles schön und beginnt mit einem –i. Vielleicht fehlt deswegen auch das aus meiner Sicht probateste Mittel, denn es beginnt nur mit einem –k: konfrontieren! Ich bin felsenfest überzeugt: wenn man die Auseinandersetzung mit Populisten sucht, sie in eine Diskussion über echte Zukunftsthemen treibt, und in der Lage ist, statt Ängsten auch Hoffnungen zu wecken, dann kann und wird man die Diskussion gewinnen.

Meine Damen und Herren, bei aller Klarheit über die schwierige Zeit vor uns: lassen wir uns das Errungene nicht schlecht reden. Auch bei der Gestaltung unserer Zukunft ist Europa unverzichtbar. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.